

// PRESSEINFORMATION //

GEW: „Die Schließung kleiner Grundschulen darf nicht aus reinen Kostengründen erfolgen. Die Gründe einer Schulschließung müssen von allen Beteiligten nachvollzogen werden können, sie müssen transparent sein.“

Im Rahmen des Bildungsausschusses des rheinlandpfälzischen Landtags wurde heute bekannt gegeben, welche kleine Grundschulen in Rheinland-Pfalz geschlossen werden sollen.

Für die GEW Rheinland-Pfalz ist es klar, dass die Schließung einer kleinen Grundschule ein schmerzlicher Schritt für alle Betroffenen in der Region ist. „Es ist aus pädagogischen und aus arbeitsplatztechnischen Gründen jedoch nachvollziehbar, dass eine Grundschule irgendwann zu klein ist, um sie zu erhalten“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz Klaus-Peter Hammer. Die GEW wünscht sich im Nachfeld dieser Entscheidung eine sachliche Diskussion bezüglich der Thematik der „Schließung kleiner Grundschulen“. Bei der heute im Bildungsausschuss des Landtags bekannt gegebenen Liste ist erkennbar, dass sich die Landesregierung nicht leicht getan hat, eine Entscheidung zu treffen. Hierbei waren die Leitlinien zum Erhalt kleiner Grundschulen eine vernünftige Orientierung, so Klaus-Peter Hammer weiter.

Nun ist es entscheidend, dass die Betroffenen in der Region mitgenommen werden und optimale Lösungen zum Wohle der Kinder und Lehrkräfte angestrebt werden. Es war wichtig, dass die betroffenen Schulen zuvor informiert worden sind, und nicht erst durch die Presse erfahren, dass ihre Schule geschlossen werden soll. Nach wie vor fordert die GEW vor Ort einen offenen Dialog mit allen Betroffenen. Gerade bei dieser sehr emotional geführten Problematik ist dies sehr wichtig, so der GEW-Vorsitzende abschließend.

Mainz, 30.11.2017